

Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie

Nachdenken über die Grenzen des demokratischen Optimismus

Ingolfur Blühdorn

Um die Zukunftsfähigkeit der Demokratie abschätzen zu können, gilt es nicht nur, deren derzeitigen Zustand und ihre weiteren Entwicklungsaussichten in den Blick zu nehmen. Entscheidend ist auch die hier gestellte Frage nach der Fähigkeit demokratischer Systeme, große Nachhaltigkeitsaufgaben wie die Klimakrise zu bewältigen. Altbekannte Schwächen der Demokratie im Bereich der Umweltpolitik und ein aktueller Kulturwandel, der als „postdemokratische Wende“ bezeichnet wird, führen zu der heiklen These, dass in modernen Konsumgesellschaften mehr Demokratie vor allem zu weniger Nachhaltigkeit führen könnte. An den Grenzen des Wachstums könnte eine reaktionär gewendete Demokratie zum wichtigsten Instrument einer „Politik der Nicht-Nachhaltigkeit“ mutieren.

Schlüsselwörter: Zukunftsfähigkeit, Demokratie, postdemokratische Wende, Politik der Nicht-Nachhaltigkeit

Seit in westeuropäischen Ländern die partizipatorische Revolution der 1970er- und 1980er-Jahre vielfältige Bürgerrechte erstritten und Umweltthemen fest auf der politischen Agenda verankert hat, seit in Osteuropa die demokratischen Bürgerbewegungen – nicht zuletzt mobilisiert von katastrophalen Umweltzerstörungen – in einer friedlichen Revolution den Zusammenbruch des Sozialismus erkämpft haben, hat sich in unserem Bewusstsein tief die Gewissheit verwurzelt, dass erstens Ökologie und Demokratie unzertrennlich zusammen gehören und dass zweitens die allen konkurrierenden Modellen offenbar überlegene liberale Demokratie auf alle Zukunft unsere gewählte Form der politischen Organisation und politischen Kultur bleiben wird. Es fällt schwer, überhaupt nur zu denken, dass dies auch anders sein könnte. Doch wie wenig die Zukunftsfähigkeit der Demokratie tatsächlich gesichert ist, zeigt sich nicht nur an den unübersehbaren Erosionserscheinungen unserer demokratischen Systeme (Parteienkrise, Wahlenthaltung etc.), sondern auch an den sich rasch ausbreitenden Zweifeln, dass diese Systeme wirklich in der Lage sein werden, die großen und entscheidenden Zukunftsfragen (wie demographischer Wandel, soziale Gerechtigkeit, Umwelt und Klima) in effektiver und effizienter Weise zu lösen. Dies sind die beiden Dimensionen der Zukunftsfähigkeit der Demokratie.

In Bezug auf die entscheidenden Zukunftsfragen ist bereits seit den 1980er-Jahren ein schleichender Trend zur Entdemokratisierung und Entpolitisierung zu beobachten.

Indikatoren sind auf der Seite der Regierenden die zunehmende Personalisierung, Präsidentialisierung und Entparlamentarisierung der Politik, die Hoffnung auf die Effizienz des Marktes und die wachsende Bedeutung von Expertenkommissionen und allerlei Verwaltungsagenturen, die nicht demokratisch, sondern durch die ihnen zugeschriebene Sachkompetenz und Effizienz legitimiert sind. Dem entspricht auf Seiten der Bürger deren zunehmender Rückzug aus der Politik, sei es aus Enttäuschung über die gefühlte Unfähigkeit oder gar Unwilligkeit der politischen Eliten, die Interessen der Bürger wirklich angemessen zu vertreten und die drängenden Probleme effektiv zu lösen, sei es weil die Komplexität der anstehenden Themen die Vorstellungskraft, das Wissen und die Urteilsfähigkeit der Bürger bei weitem übersteigt, oder sei es schlicht, weil das Management des immer anspruchsvoller und vielschichtiger werdenden privaten Lebens immer weniger Zeit und Kraft lässt für die Beschäftigung mit den Problemen der großen Gesellschaft.

Umweltpolitik „von unten“? Speziell in der Umweltpolitik hat besonders das Paradigma der *ökologischen Modernisierung* der Entpolitisierung und Expertenherrschaft erheblich Vorschub geleistet. Dieser Ansatz hat die Fragestellungen der *politischen Ökologie* schrittweise in technologische und ökonomische sowie in Fragen des effizienten Managements umgewandelt. Ökologithemen, die einst von demokratischen Basisbewegungen auf die Agenda gebracht worden waren, verwandelten sich in Expertenthemen, die nun den Bürgern aufwendig *vermittelt* werden müssen. Beim Klimathema zum Beispiel sind die Aussagen der IPCC-Experten der zentrale Bezugspunkt aller Politik. Auch bei den verschiedenen Varianten des sogenannten Green New Deal geben Wirtschaftsexperten, Technologiepioniere und der expertokratische Staat den Ton an. Doch entgegen allen Versprechungen haben die Politikansätze der ökologischen Modernisierung nie den nicht nur von Ökologen dringend geforderten strukturellen Wandel der ressourcenintensiven und wachstums- und konsumsüchtigen Industriegesellschaft leisten können. Mit Blick auf den Green New Deal gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass sich daran Grundsätzliches ändern könnte. Gerade nach dem Offenbarungseid der internationalen Klimapolitik in Kopenhagen, nachdem die Banken, also das Herzstück der zerstörerischen Profit- und Ausbeutungswirtschaft, für *systemrelevant* erklärt und mit Milliardenaufwand stabilisiert worden sind, nachdem das Ölfiasko im Golf von Mexiko erneut unzweideutig demonstriert hat, wie die Prioritäten liegen, sind die engen Grenzen der Expertenpolitik überdeutlich geworden.

Ganz in der Tradition der emanzipatorischen sozialen Bewegungen fordern Kritiker der Expertenherrschaft daher eine neue Umwelt- und Klimapolitik *von unten*. Peter Siller zum

IS DEMOCRACY SUSTAINABLE? THINKING ABOUT THE LIMITS OF DEMOCRATIC OPTIMISM

The question of the sustainability of democracy goes beyond examining the current condition of democracy and its future prospects. A key issue is the capability of democratic systems to manage major sustainability challenges such as the climate crisis. This article focuses on the second perspective. It reviews well-known weaknesses of democracy in the field of environmental policy, sketches an ongoing culture shift which is conceptualised as a "post-democratic turn", and develops the uncomfortable hypothesis that in modern consumer societies more democracy might, more than anything, lead to less sustainability. At the limits to growth, a democracy turned reactionary might transmute into the most important tool for a "politics of unsustainability".

Keywords: Sustainability, democracy, post-democratic turn, politics of unsustainability



Beispiel sieht die derzeit wichtigste Aufgabe darin, „Demokratie als zentrales Element einer Klimastrategie, die auf Freiheit und Gerechtigkeit fußt, gegen Ökotechnokraten und Kulturpessimisten herauszustellen“ (Siller 2010). Claus Leggewie und Harald Welzer fordern, dass „politische und bürgerschaftliche Partizipation“ ein „integraler Bestandteil einer künftigen Klimapolitik“ sein müsse (Leggewie und Welzer 2008, S. 29). Der Umbau der Industriegesellschaft könne nur dann funktionieren, „wenn er als Projekt angelegt wird, in das sich die Gesellschaftsmitglieder identitär einschreiben können“ (S. 30). Die Bewältigung der Klima- und Nachhaltigkeitskrise erfordere „nicht weniger als eine kulturelle Revolution“, und die wiederum erfordere „mehr, nicht weniger Demokratie“ (Leggewie und Welzer 2009, S. 174). Die verfehlte Politik der Eliten könne nur korrigiert werden, wenn der politische Souverän die Eliten „machtvoll zur Räson“ bringe (S. 136). Und da die Bürgerinnen und Bürger auch Freude und „subjektives Wohlbefinden“ daraus gewinnen würden, die Politik demokratisch mitzugestalten, sehen die Autoren in der politischen Praxis auch „jede Menge Potentiale“ für einen tiefgreifenden Strukturwandel „von unten“ (S. 172, 29).

Die hier zugrunde liegende Kritik an Entpolitisierung und Expertenherrschaft ist unbedingt gerechtfertigt: Expertenherrschaft ist, und war immer, Interessenherrschaft. Allerdings ist es dringend erforderlich, auch den Grenzen demokratisch-partizipatorischer Ansätze sehr ernsthaft nachzugehen. Was kann die Demokratie gerade unter den besonderen Bedingungen der fortgeschrittenen Moderne eigentlich leisten? Wie wird Demokratie in heutigen Konsumgesellschaften verstanden? Welche Aussichten bestehen, dass wir auf partizipatorisch-demokratischem Wege tatsächlich einen politischen Ordnungsrahmen für die effektive Begrenzung des Klimawandels und den strukturellen Umbau zur Nachhaltigkeit schaffen können? Wie viel demokratischer Optimismus ist wirklich gerechtfertigt? Solches Nachdenken über die Grenzen der Demokratie gilt schnell als anrühlich. Es wird abgewehrt mit dem Hinweis, dass diejenigen, die an der demokratischen Lösbarkeit der Nachhaltigkeitskrise zweifeln, wohl autoritären Ansätzen das Wort reden wollen. Doch diese Logik lässt zweierlei außer Acht: Erstens nämlich gibt es neben der partizipativ-demokratischen und der expertokratisch-autoritären Lösungsperspektive auch noch die *Nicht-Lösungsperspektive* einer auf Dauer gestellten *Politik der Nicht-Nachhaltigkeit* (Blühdorn 2008, 2009a, Blühdorn/Welsh 2008). Zweitens kann Demokratie, je nachdem, wie sie ausgestaltet wird, ebensogut Teil des Problems wie der Lösung sein – und gerade unter den Bedingungen heutiger Konsumentendemokratien besteht der Verdacht, dass sie eine Form angenommen hat, in der sie vor allem als Instrument zur Stabilisierung des nicht-nachhaltigen Status quo, nicht aber als Instrument zum radikalen Nachhaltigkeitswandel taugt.

In drei Schritten soll diesen Überlegungen nachgegangen werden: Zunächst werden kurz die wesentlichen Argumente zusammengetragen, die in der ökopolitischen Literatur schon seit langem demokratischeskeptische Positionen stützen. Darauf aufbauend wird zweitens ein für moderne Konsumentendemokratien charakteristischer Kulturwandel angesprochen, der die Qualität der Demokratie grundlegend verändert und insbesondere ihre Tauglichkeit im Kampf gegen Klima- und Umweltkrise beeinträchtigt. Drittens wird die Idee der *reaktionär gewendeten* Demokratie entfaltet und gefragt, ob und wie die erodierende Kraft der Demokratie als Instrument für eine radikale Nachhaltigkeitswende regeneriert werden kann. Ziel bei alledem ist, eine Agenda zu schmieden, die nicht nur oberflächlich von demokratischer Partizipation schwärmt, sondern tatsächlich die Bedingungen für demokratische Nachhaltigkeitsstrategien verbessert. Darüber hinaus geht es darum, in den Blick zu rücken, dass gesellschafts- und demokratietheoretisch unzureichend fundierte Forderungen nach mehr Demokratie, ohne dies zu wollen oder gar zu merken, sehr leicht einer den Status quo stabilisierenden Politik der Nicht-Nachhaltigkeit zuarbeiten könnten.

KONSUMENTEN-DEMOKRATIE

Es besteht der Verdacht, dass die Demokratie eine Form angenommen hat, in der sie vor allem als Instrument zur Stabilisierung des nicht-nachhaltigen Status quo, nicht aber als Instrument zum radikalen Nachhaltigkeitswandel taugt

KEINE EINSCHRÄNKUNGEN

Die Demokratie tut sich schwer damit, Mehrheiten für Politiken zu generieren, die den Wählern Kosten oder Beschränkungen auferlegen

Demokratie und Nachhaltigkeit. Die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Demokratie im Hinblick auf die Bewältigung von Umweltproblemen sind nicht neu. Bereits in den 1970er-Jahren waren sie durchaus verbreitet – zum Beispiel weil die Demokratie stets anthropozentrisch ist und nur sehr eingeschränkt in der Lage, all dasjenige zu repräsentieren, was keine politische Stimme hat. Gerade die elektorale Demokratie ist darüber hinaus sowohl auf der Seite der Wähler als auch auf der der Gewählten stark gegenwartsfixiert, sie priorisiert die Interessen des jeweiligen Moments und kann der Zukunft und den Interessen nachfolgender Generationen kaum angemessenes Gewicht geben. Außerdem tendiert die Demokratie zum Kompromiss, obgleich Kompromisslösungen umweltpolitisch oftmals nicht zielführend sind. Demokratische Verfahren sind auch zeit- und ressourcenaufwendig und daher ungeeignet, wo schnelles und effektives Handeln erforderlich ist. Weiter ist die Demokratie, zumindest in der empirischen Praxis, individualistisch und insofern kaum geeignet, das Allgemeinwohl zu bestimmen und politisch umzusetzen. Stattdessen richtet sie die Politik nach der elektoralen Mehrheit aus, obwohl die Präferenzen der Mehrheit bekanntlich nur selten im Sinne von Nachhaltigkeit und Ökologie vernünftig sind. Zudem tut sich die Demokratie schwer damit, Mehrheiten für Politiken zu generieren, die den Wählern Kosten oder Beschränkungen auferlegen, von denen vor allem Menschen in fernen Ländern und Erdteilen profitieren sollen. Und überhaupt ist die Demokratie grundsätzlich emanzipatorisch, und das heißt, sie richtet sich immer auf die *Verbesserung* von Rechten und (materiellen) Lebensumständen. Sie ist wenig geeignet für jede Form der die Mehrheit betreffenden *Einschränkung* von Rechten oder materiellen Verhältnissen.

All dies sind Bedenken, die umweltpolitische Demokratieskeptiker schon früh vorgetragen haben. Vordenker wie Paul Ehrlich oder Herbert Gruhl haben daraus öko-autoritäre Ansätze abgeleitet. Auch Wolfgang Harich sah bereits 1975 im „starken, hart durchgreifenden Zuteilungsstaat“ und im „asketischen Verteilungsstaat“ den einzigen Weg aus der damals erst herausziehenden Umweltkrise. Hans Jonas, dessen 1979 veröffentlichtes Buch „Das Prinzip Verantwortung“ unumstritten zu den Kerntexten grünen Denkens gehört, glaubte, „nur eine Elite“ könne „ethisch und intellektuell“ die erforderliche „Zukunftsverantwortung übernehmen“, und wünschte sich, es möge so etwas wie „eine wohlwollende, wohlinformierte und von der richtigen Einsicht beseelte Tyrannis“ geben (Jonas 1979, S. 262). Doch solchen Gedanken stand immer die berechtigte Skepsis gegenüber den Eliten entgegen, und der fortlaufende Prozess der Modernisierung entfaltete kontinuierlich die emanzipatorischen Ansprüche auf individuelle Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Gleichzeitig nährte dieser Prozess aber auch die bereits bestehenden Zweifel an der Nachhaltigkeitstauglichkeit der Demokratie:

- Die kulturelle Pluralisierung von Wertvorstellungen und Lebensentwürfen zersetzte den Glauben, dass es so etwas wie kategorische ökologische Imperative überhaupt gibt.
- Die fortschreitende funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften bewirkte, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme immer weniger von dem oftmals als *übergeordnet* gedachten System der demokratischen Politik integriert, koordiniert und gesteuert werden können. Tatsächlich ist die Politik nur noch eines von vielen Macht- und Steuerungszentren und ist zudem in sich selbst in ein Mehrebenensystem aufgegliedert.
- Die jeweiligen Funktionssysteme entwickelten sich immer schneller über die Grenzen des Nationalstaats hinaus und entziehen sich daher in wesentlichen Bereichen der nationalstaatlichen und damit demokratischen Kontrolle.
- Umweltrelevante Themen werden immer abstrakter und komplexer (z.B. Klimawandel, Energiesicherheit, Umweltbilanz einzelner Produkte). Entscheidende Risiken können

nicht direkt wahrgenommen, sondern nur über die Wissenschaft vermittelt werden, so dass der demokratische Souverän unvermeidlich zumindest partiell entmachteter wird.

- Beschleunigung und Flexibilisierung bedeuten, dass es im persönlichen Bereich wie in der großen Politik immer schwieriger wird, über die Gegenwart hinauszuschauen und Entscheidungen für eine völlig unkalkulierbare Zukunft zu treffen.
- Schließlich hat die Ausdehnung des ökologischen Fußabdrucks moderner Konsumentengesellschaften weit über ihr nationales Territorium (und ihre jeweilige Gegenwart) hinaus das demokratische Prinzip der Kongruenz zwischen Autoren und Betroffenen von politischen Entscheidungen außer Kraft gesetzt. Die stets nationalen demokratischen Strukturen werden damit gewissermaßen zum Legitimationsinstrument für die Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten.

Diese im fortlaufenden Prozess der Modernisierung begründeten und kaum kontrollierbaren Entwicklungen untergraben zunehmend die Fähigkeit der Demokratie, angemessene Strategien gegen die Nachhaltigkeitskrise zu entwickeln und umzusetzen. Wenig Wunder also, dass beispielsweise die kanadische Umweltethikerin Laura Westra bereits Ende der 1990er ökopolitisch von „the failure of Liberal Democracy“ (Westra 1998, S. 53–80) sprach. Im Gegensatz zum Demokratievertrauen der neuen sozialen Bewegungen und grüner Parteien sah sie die Demokratie zunehmend als Teil des Problems, nicht mehr als Teil der Lösung. Die einzige Hoffnung im Kampf gegen die sich zuspitzende Umweltkrise sah sie in der Schaffung einer globalen Regulierungsbehörde, die in paternalistischer Art und Weise top-down und präskriptiv die Vorgaben einer ökologischen Expertenkommission implementieren sollte (S. 198f). In eine ähnliche Richtung gehen auch die Äußerungen von Anthony Giddens, der sich für einen „aktiven interventionistischen Staat“ als „all-important“ umweltpolitischen Akteur ausspricht (Giddens 2009, S. 5). Er fordert explizit, die Klimapolitik zu entpolitisieren. Sie soll von einem parteiübergreifenden Konsens getragen und in einer Form institutionalisiert werden, die vom parteipolitischen Wettbewerb isoliert ist (S. 7, 113–114). Die grüne Selbstverpflichtung auf den Wert der partizipatorischen Demokratie hält Giddens für umweltpolitisch nicht zielführend und insgesamt für verzichtbar (S. 56). Stattdessen fordert er eine Rückkehr zu zentralisierter Planung (S. 91–128) und zum „Gewährleistungsstaat“ (ensuring state), der in der Lage sein soll, nicht nur ambitionierte Zielvorgaben zu formulieren, sondern auch garantierte Politikergebnisse zu erreichen (S. 7, 8, 69).

Emanzipation zweiter Ordnung. In scheinbar paradoxer Weise diagnostizieren also die einen vor allem ein Demokratiedefizit und fordern entsprechend eine umfassende Demokratisierung der Demokratie, während die anderen unüberwindbare Defizite der Demokratie feststellen und nicht-demokratische Ansätze für umweltpolitisch effektiver halten.

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, dass Demokratie und Demokratisierung vor allem dann als taugliches Mittel für ökologische Ziele angesehen werden können, wenn insbesondere die institutionalisierten Eliten und Autoritäten, also die Repräsentanten der *falschen Logik des Systems*, als die Ursache des Umweltproblems angesehen werden können, und die Bürger demgegenüber als die Subjekte einer *unterdrückten authentischen Vernunft*, die es zu befreien und an die Macht zu bringen gilt, damit sie die Eliten im oben zitierten Sinne „zur Raison bringen“ können. Umgekehrt formuliert: Der emanzipatorisch-demokratische Optimismus verliert in dem Moment seinen Boden, wo Emanzipation nicht mehr als Befreiung aus der das authentische Selbst sowie die Natur knechtenden Logik des

UNTERGRABEN

Diese Entwicklungen untergraben zunehmend die Fähigkeit der Demokratie, angemessene Strategien gegen die Nachhaltigkeitskrise zu entwickeln und umzusetzen

Produktivismus, der Effizienz, des Rationalisierungsdrucks, Wachstumszwangs und Konsumterrors verstanden wird – sondern systemimmanent und systemkonform ausgelegt wird als Anspruchs-, Wohlstands- und Konsumvermehrung. Der emanzipatorisch-demokratische Ansatz wird also dann zum Problem, wenn der demokratische Souverän selbst zum Repräsentanten des Systems der Nicht-Nachhaltigkeit wird und nicht mehr als Subjekt einer ökologisch und sozial nachhaltigen Vernunft gesehen werden kann. Genau dies ist aber in modernen Konsumentendemokratien längst geschehen. Im Zuge der fortlaufenden Modernisierung haben sich das dominante Verständnis von Freiheit und Emanzipation und die dominanten Muster der Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung nämlich grundlegend verändert.

Der entscheidende Punkt ist hier der sowohl in der Demokratietheorie als auch in der Nachhaltigkeitsdebatte weithin vernachlässigte Werte- und Kulturwandel hin zu dem, was in Analogie zu Zygmunt Baumanns Theorem der „flüchtigen Moderne“ (Bauman 2003) mit dem Oxymoron *liquid identity*, also flüchtige oder flüssige Identität beschrieben werden könnte. Dieser Begriff zielt auf den in den Kulturwissenschaften längst anerkannten Umstand, dass in fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften das bürgerlich-modernistische Ideal der unitären und schrittweise ausreifenden Identität, das zuletzt von den neuen sozialen Bewegungen emphatisch erneuert worden war, abgelöst worden ist vom – oder besser: ergänzt worden ist um das – eigentlich in sich widersprüchliche Ideal der fragmentierten und flexiblen Identität. Unter den Bedingungen heutiger Wettbewerbs- und Konsumgesellschaften ist nämlich die alte Idealvorstellung des *identischen Subjekts* mit all ihren Implikationen von Konsistenz, Konsequenz, Moralität und Selbstdisziplin kontraproduktiv und zur Belastung geworden. Die heute gefragten Qualitäten heißen Flexibilität, Vielseitigkeit, Mobilität und Innovationsbereitschaft. Sie sind nicht nur unbedingte Konditionen des modernen Arbeitsmarktes und beruflichen Erfolges, sondern sie scheinen auch ein breiteres Spektrum an Möglichkeiten für ein volleres und erfüllteres Leben zu eröffnen. Das Selbstverständnis und Identitätsideal fortschrittlicher Bürger ist daher vielschichtiger, flexibler, innovationsoffener und toleranter gegenüber internen Widersprüchlichkeiten geworden – und zwar nicht aus Versehen und gegen den Willen der Menschen, sondern durchaus – zumindest auch – aus einem emanzipativen Bemühen heraus.

NICHT NACHHALTIG

Das neue, von der Wirtschaft eingeforderte und von den Bürgern selbst präferierte Selbstverständnis ist in mehrfacher Hinsicht fundamental nicht-nachhaltig

Für das Verhältnis zwischen Nachhaltigkeit und Demokratie ist dieser Werte- und Kulturwandel insofern von erheblicher Bedeutung, als das neue, von der Wirtschaft eingeforderte und von den Bürgern selbst präferierte Selbstverständnis in mehrfacher Hinsicht fundamental nicht-nachhaltig ist: Erstens ist es *per definitionem* flexibel, flüssig und flüchtig, also eben gerade nicht konsequent, konsistent und konstant; zweitens ist es ausschließlich auf die Gegenwart fixiert, wird nach Maßgabe der jeweils gegebenen Bedingungen immer neu entworfen und fühlt sich dabei weder der Vergangenheit noch der Zukunft in besonderem Maße verpflichtet; und drittens setzt dieses neue Identitätsideal als Mittel der Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung ganz wesentlich auf Konsumhandlungen, wobei es insbesondere auf den Symbol- und Neuigkeitswert der Konsumgüter ankommt, was immer schnelleren Neukonsum erforderlich macht. Im gleichen Maße aber, wie ein solches strukturell nicht-nachhaltiges und nicht zukunftsfähiges Selbstverständnis und Identitätsideal zur gesellschaftlichen Norm wird, wird man davon ausgehen müssen, dass die Bürger eben diese Norm und die auf sie gegründeten Interessen in den demokratischen Prozess einspeisen werden und repräsentiert sehen wollen. Bezüglich der Aussichten auf eine demokratisch organisierte und legitimierte und dennoch effektive Strategie zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeitswende ist dies jedoch fatal (vgl. Blühdorn 2006).

Zudem geht mit dem beschriebenen Werte- und Kulturwandel eine Neubestimmung des Emanzipationsbegriffes einher, die die Hoffnung auf partizipatorisch-demokratische Lösungsansätze noch tiefgreifender zerstört. Hinsichtlich des Verständnisses von Emanzipation – und damit auch der Stoßrichtung emanzipatorischer Bewegungen – können wir die Nachkriegsgeschichte in etwas vereinfachender Art und Weise nämlich in drei Entwicklungsphasen einteilen: Zunächst die bis Ende der sechziger Jahre dominante Stufe der weitgehend unpolitischen Bürger, die den Kant'schen *Auszug aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit* noch nicht vollzogen hatten und entsprechend die politische Verantwortung paternalistischen Treuhändern überließen. Zweitens die in den siebziger Jahren zu Durchschlagskraft gelangende Phase der partizipatorischen Revolution, in der die zunehmend selbstbewussten Bürger die Entmachtung der traditionellen Eliten betrieben und die zivilgesellschaftliche Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Selbstverantwortung einforderten. Und drittens die sich seit den neunziger Jahren abzeichnende Phase, in der politische Verantwortung zunehmend an Institutionen und Dienstleister delegiert wird, von denen vor allem politische Effizienz und Effektivität verlangt wird und darüber hinaus Transparenz und Rechenschaft, um der *post-partizipatorischen* Politik dennoch eine demokratische Qualität zu sichern.

Diese dritte Phase wird häufig mit negativ konnotierten Begriffen wie Politik- oder Demokratieverdrossenheit beschrieben. Doch könnte sie positiv auch als eine Phase der Befreiung von moralischen und intellektuellen Selbstüberforderungen beschrieben werden und als die Entlastung von überzogenen Erwartungen an die Kompetenz und Verantwortungsfähigkeit der Bürger. Zudem bringt diese delegierende Phase eine gewisse Befreiung der Menschen von der Gemeinwohlverpflichtung und ökologischen Imperativen und ermöglicht so die viel unbeschwertere Hingabe an das immer anspruchsvollere Selbst- und Lebensmanagement. Das emanzipatorische Projekt hätte aus dieser Perspektive dann also zwei Stufen: *Emanzipation erster Ordnung* ist die Befreiung von der Vormundschaft der Eliten. Die Bürger verstehen sich selbst als das Subjekt der authentischen Vernunft und übernehmen selbst die Verantwortung für das Gemeinwohl, das sie deliberativ-demokratisch bestimmen und politisch umsetzen wollen. *Emanzipation zweiter Ordnung* – oder *reflexive* Emanzipation – ist die partielle Befreiung von der zuvor erstrittenen Selbstverantwortung. Zwar verstehen sich die Bürger weiter als Prinzipal und artikulieren entsprechende Ansprüche und Erwartungen (Stichwort: Demokratiedefizit), sie delegieren aber die gesellschaftliche Verantwortung zunehmend an *service provider* (Stichwort: Dienstleistungsgesellschaft), von denen kompetente, transparente und effiziente (professionelle) Arbeit erwartet wird. Diese Emanzipation zweiter Ordnung ist nicht nur unmittelbar verbunden mit dem zeitgenössischen Ideal der fragmentierten und flexiblen Identität, sondern sie ist ein wesentlicher Grund für den Vormarsch von Entpolitisierung und Expertenherrschaft. Zusammen mit der Verflüssigung und Verflüchtigung des bürgerlichen Ideals des identischen Subjekts ist sie der Kern dessen, was ich als *postdemokratische Wende* bezeichne (vgl. Blühdorn 2006, 2007, 2009b).

Mit der Emanzipation zweiter Ordnung wird die Zukunftsfähigkeit der Demokratie selbst, die für Siller, Leggewie und viele andere überhaupt nicht zur Diskussion steht, zum Problem. In seinem 2009 erschienen Buch „Ist die Demokratie zukunftsfähig?“ bescheinigt auch Otfried Höffe der Demokratie sowohl in Bezug auf die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben als auch im Hinblick auf ihre eigenen kulturellen Grundlagen recht unbesorgt ein „hohes Maß an Zukunftsfähigkeit“ (Höffe 2009, S. 243f). Doch wenn es den hier beschriebenen Kultur- und Wertewandel wirklich gibt, dann wird wohl die von Siller, Leggewie, Welzer und so vielen anderen geforderte *Revitalisierung der Demokratie* nicht so

POST-PARTIZIPATIV

Diese Phase bringt eine gewisse Befreiung der Menschen von der Gemeinwohlverpflichtung und ökologischen Imperativen und ermöglicht die viel unbeschwertere Hingabe an das Selbst- und Lebensmanagement

ohne Weiteres möglich sein. Und hinsichtlich der Fähigkeiten der Demokratie, die Wende zur Nachhaltigkeit zu organisieren, sieht es dann wohl nicht gut aus; dann ist es wohl illusorisch zu glauben, dass sich auf demokratischem Wege ein politischer Ordnungsrahmen setzen und durchsetzen ließe, der der technologischen Innovation eine ökologische und soziale Richtung gibt und bereits etablierte gesellschaftliche Strukturen und soziale Praktiken in nachhaltiger Weise umstrukturiert.

Reaktionäre Demokratie? Wir können also festhalten: Demokratische Bewegungen und Strukturen haben in der Vergangenheit viel erreicht, doch aus heutiger Perspektive ist demokratischer Optimismus nur in sehr eingeschränktem Maße angebracht. Vielmehr steht zu befürchten, dass gerade unter den Bedingungen fortgeschrittener moderner Gesellschaften „mehr Demokratie“ vor allem mehr Naturzerstörung und soziale Ausgrenzung bedeuten könnte. Daraus folgt zwar keineswegs, dass die Expertokratie eher in der Lage wäre, den Nachhaltigkeitswandel zu organisieren – dafür gibt es wenig Anzeichen. Aber die ökopolitischen Kapazitäten der Demokratie, die schon vor der partizipatorischen Revolution von manchen als eher moderat eingeschätzt wurden, sind im Zeichen der postdemokratischen Wende wohl noch weiter geschrumpft. Diese Wende und die beschriebene Emanzipation zweiter Ordnung bedeuten aber auf gar keinen Fall, dass moderne Gesellschaften etwa jene zentralen Kennzeichen aufgeben würden, die sie als Demokratien ausweisen (freie Wahlen, konkurrierende Parteien etc.). Im Gegenteil werden die Bekenntnisse zu demokratischen Werten lautstärker vorgetragen denn je. Aber die Demokratie verändert schleichend ihre Qualität. Sie galt bisher als progressiv, emanzipatorisch und egalitär. Unter Bedingungen relativ geringer gesellschaftlicher Komplexität und einfacher Konfliktlinien war sie der Zusammenschluss der vielen Unterprivilegierten gegen die herrschenden Eliten. Sie war angelegt als soziale Zugewinnsgemeinschaft, deren Attraktivität und Stabilität vor allem auf dem impliziten Prosperitätsversprechen der Demokratie beruhte (größere materielle und kulturelle Freiräume).

An den Grenzen des Wachstums jedoch, unter Bedingungen hoher gesellschaftlicher Komplexität und angesichts des als Emanzipation zweiter Ordnung beschriebenen Kulturwandels wandelt sich die Demokratie leise vom progressiven, emanzipatorischen, egalitären Instrument der Ausgeschlossenen zu einem Instrument der (noch) Eingeschlossenen zur Verteidigung ihres etablierten Status. Wenig spricht dafür, dass sie als politischer Solidarverband zur Organisation des Verzichts, der Beschränkung und des Lastenausgleichs (national und international) geeignet ist. Für die erneut wachsenden Unterschichten ist die Demokratie immer weniger ein Versprechen, ein Projekt, eine Zukunftsperspektive. Gerade die als „abgehängtes Prekariat“ oder als „Überflüssige“ Bezeichneten (vgl. Neugebauer 2007) ziehen sich vielmehr von der etablierten Politik zurück (vgl. Embacher 2009). Den noch Eingeschlossenen aber dient die Demokratie vor allem als Instrument zur Stabilisierung und Legitimation von Lebensformen, die im Zeichen der sich zuspitzenden Nachhaltigkeitskrise immer offensichtlicher nur durch wachsende soziale Ungleichheit und Exklusion (national und international) und durch fortschreitende Ausbeutung der Natur erhalten werden können. Nach der postdemokratischen Wende wird die Demokratie also reaktionär und exklusiv. In der Erscheinungsform, in der die modernistischen Grundlagen, das normative Fundament, auf dem sie einst beruhte, weitgehend ausgezehrt sind, wird sie zum vielleicht wichtigsten Instrument der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit.

Wer vor diesem Hintergrund unbesorgt und in der Tradition der sozialen Bewegungen von mehr Demokratie schwärmt, ohne sich genau Rechenschaft zu geben über die Qualität und Leistungsfähigkeit der Demokratie in modernen Konsumgesellschaften, der trägt

MEHR DEMOKRATIE

Unter den Bedingungen fortgeschrittener moderner Gesellschaften könnte „mehr Demokratie“ vor allem mehr Naturzerstörung und soziale Ausgrenzung bedeuten

möglicherweise vor allem zur Festigung einer gesellschaftlichen Selbstbeschreibung bei, die primär darauf zielt, eine weder ökologisch noch sozial nachhaltige Ordnung zu stabilisieren. Einfache Appelle zur „Wiederbelebung der Demokratie“ sind ebenso wenig aussichtsreich wie die Vorschläge für „demokratische Innovationen“, wie Leggewie und viele andere sie immer wieder unterbreiten (z.B. *e-democracy*, Weiterentwicklung von Grundrechten, bürgerlichen Freiheitsrechten, politische Beteiligungsrechte, ökologische Staatsziele etc.). Solche Maßnahmen können ihre deklarierten Zwecke gar nicht erfüllen, weil sie die normativen Grundlagen der modernen Gesellschaft, also das dominante Selbstverständnis, die idealisierten Lebensformen und die präferierten Selbstverwirklichungsmuster der Menschen unberührt lassen. Gebraucht würde vielmehr ein grundlegender Werte- und Kulturwandel. Den aber kann man sicher nicht erreichen, indem man schlicht mehr Partizipationsmöglichkeiten und direkte Demokratie, bessere politische Repräsentation, mehr Transparenz und mehr Bürgerinformation einfordert. In diesen Bereichen gibt es unbestritten Verbesserungsbedarf, doch angesichts dessen, was ich mit den Begriffen der *liquid identity*, der reflexiven Emanzipation und der postdemokratischen Wende beschrieben habe, sollte klar sein, dass hier weder das eigentliche Problem liegt, noch wirklich eine Lösung zu erwarten ist (vgl. Blühdorn 2006).

Eine Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, die die Verpflichtung auf die Prinzipien der partizipativen Demokratie wirklich ernst nimmt, müsste daher in allererster Linie darauf zielen, im Demos das normative Kapital und die kulturellen Ressourcen wieder aufzubauen, die der fortschreitende Prozess der Modernisierung bedrohlich ausgezehrt hat, die aber unverzichtbar gebraucht werden, wenn Expertenkommissionen, Märkte und technologische Innovationsprozesse demokratisch kontrolliert und auf das Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden sollen. In der Praxis würde dies vor allem die aktive Repolitisierung und Neuverhandlung der gesellschaftlichen Vorstellungen von Freiheit, Individualität, Identität, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung bedeuten. Ob sich jedoch die normativen Ressourcen, auf denen die Demokratie beruhte, überhaupt regenerieren lassen, steht dahin. Askese, Verzicht und Disziplin sind heute negativ besetzte Begriffe. Moralische Pflicht und kategorische ökologische Imperative sind im Zeitalter der Flexibilität und Unverbindlichkeit keine im Alltagsdiskurs anschlussfähigen Kategorien. Die Begrenzung individueller Rechte und Freiheiten scheint mit dem Ideal einer progressiven und emanzipatorischen Politik unvereinbar. Von demokratischer Legitimation abhängige politische Akteure schrecken daher einstweilen vor den entscheidenden Debatten zurück. Sie beschränken sich auf die leichter zu vermittelnden Themen der technologischen Innovation, der Effizienzgewinne, der grünen Jobs und des qualitativen Wachstums.

Doch ohne diese Themen aktiv aufzugreifen, wird es kaum gelingen, in der Gesellschaft eine normative Basis zu verankern, auf deren Grundlage eine demokratische Bewältigung des Klimawandels überhaupt erst möglich werden kann. Politische Akteure, die der Thematisierung von Beschränkung, Begrenzung und Genügsamkeit ausweichen und diese Bereiche insgeheim für nicht politikfähig erklären, gestehen damit die ökopolitische Untauglichkeit der Demokratie bereits implizit ein. Explizit ausgesprochen werden dürfen Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Demokratie offenbar nicht. Jedes Nachdenken über die Grenzen des demokratischen Optimismus erscheint als verdächtig und gefährlich, sofern es nicht unmittelbar in klare Reformvorschläge einmündet. Sich dem Dilemma zu stellen, dass wirklich brauchbare Lösungsangebote nicht einfach zu haben sind, und die reaktionären Potenziale der postdemokratisch gewendeten Demokratie konsequent auszuleuchten, ohne dabei in die expertokratisch-autoritäre Falle zu tappen, sind große Herausforderungen, denen sich die umwelt- und demokratietheoretische Debatte erst sehr vorsichtig annähert.

EINE ANTWORT AUF INGOLFUR BLÜHDORN von Peter Heintel und Petra Schneider

Könnte es nicht sein, fragt Ingolfur Blühdorn in seinem hervorragend geschriebenen Beitrag zu Recht, dass oberflächliche Schwärmerei für demokratische Partizipation bloß dem Status quo einer nicht nachhaltigen Politik zuarbeitet? Demokratie sei schließlich fixiert auf die Gegenwart, auf materiellen Wohlstand, auf Kompromisse und auf die Erweiterung von Rechten für das Individuum. Dazu kommen die übernationalen Problemlagen, denen national organisierte Demokratien nicht gerecht werden können; oder auch die Abstraktheit vieler Umweltthemen, die den demokratischen Souverän zugunsten einer Expertokratie entmachten. Aber auch dieser demokratische Souverän selbst ist für Blühdorn eher Teil des

Problems denn eine Hoffungsfigur. Deses Selbstverständnis als flexibles, vielseitiges, mobiles und innovationsbereites Subjekt einer Konsum- und Wettbewerbsgesellschaft sei per se nicht nachhaltig. Mehr Demokratie könnte unter diesen Bedingungen (noch) mehr Naturzerstörung und soziale Ausgrenzung bedeuten. Demokratie könnte sich mittlerweile unter der Hand in ein reaktionäres Instrument der Etablierten zur Verteidigung ihres Status transformiert haben – weit davon entfernt, als „politischer Solidarverband zur Organisation des Verzichts“ zukunftsfähige Entwicklung gestalten zu können.

Im Status der Demokratie ist also weder das Problem noch die Lösung zu suchen. „Gebraucht würde vielmehr ein grundlegender Werte- und Kulturwandel“, der neues „normatives Kapital“ im Demos aufbaut. Allein, wie soll dieses Kapital vermehrt werden? So luzide die Diagnose vorgetragen wird, am Ende

lässt uns Ingolfur Blühdorn doch etwas ratlos zurück. Immerhin verweist er auf politische Akteure, die die Themen der Beschränkung und Genügsamkeit aufgreifen und unters Volk bringen sollen. Aber werden die Stimmen von ein paar Politikern (alle werden es wohl nicht sein), die notwendigerweise über die – zahllosen Systemzwängen unterworfenen – Medien transportiert werden müssten, ausreichen, um ein Volk von mobilen Konsumenten mit dem normativen Kapital der Genügsamkeit auszustatten?

Der Forderung nach einem grundlegenden Werte- und Kulturwandel ist unbedingt zuzustimmen. Mit normativen Appellen aber wird er nicht durchzusetzen sein. Ein Menschenbild, das solchen Appellen entspräche, müsste viel simpler sein als jenes, das Blühdorn selbst entwirft. Und auch diesem Entwurf fehlt es etwas an Vielschichtigkeit: So sehr die Subjekte flexible Identitäten aufbauen (müssen), so

sehr sehnen sie sich nach Kontinuität und Verankerung. So sehr sich die Menschen den herrschenden Konkurrenz-Ideologien anpassen (müssen), so sehr hadern und zweifeln sie an ihnen. Wenn wir auf etwas hoffen können, dann ist es das Anwachsen und Bewusstwerden dieses Zweifels. Warum sollten mediale Appelle eher geeignet sein, solche Lernprozesse in Gang zu setzen, als demokratische Auseinandersetzungen vor Ort? Und warum wurden einst erstrittene Mitbestimmungsmöglichkeiten etwa beim Infrastrukturausbau später staatlicherseits wieder zurückgenommen? War dies nicht der Sorge geschuldet, die Bürger und Bürgerinnen könnten einseitig technokratische Wege nicht länger mitgehen wollen? (Mehr) Demokratie und Mitbestimmung *kann* ein Weg des Lernens sein – vielleicht der einzige, den wir noch einschlagen können.

AUTOR

INGOLFUR BLÜHDORN, Jg. 1964, Studium der Philosophie, Theaterwissenschaft, Germanistik und Anglistik in Erlangen; Promotion zur sozialen und politischen Theorie an der University of Keele (GB); Professor für Politik und politische Soziologie an der University of Bath (GB); Forschungsschwerpunkte Umweltpolitik, Demokratietheorie, neue soziale Bewegungen und grüne Parteien. Im Juni 2011 erscheint bei Suhrkamp Berlin sein Buch „Simulative Demokratie. Politik jenseits der postdemokratischen Wende“.
E-Mail: I.Bluehdorn@bath.ac.uk

LITERATUR

Bauman, Zygmunt (2003): *Flüchtige Moderne*. Frankfurt a.M. (Suhrkamp)
Blühdorn, Ingolfur (2006): *billig will Ich: Post-demokratische Wende und Simulative Demokratie*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19/ 4, S. 72–83
Blühdorn, Ingolfur (2007): *The Third Transformation of Democracy: On the Efficient Management of Late-modern Complexity*. In: Blühdorn, Ingolfur / Jun, Uwe (ed.): *Economic Efficiency – Democratic Empowerment. Contested Modernisation in Britain and Germany*. Lanham, Maryland (Rowman & Littlefield / Lexington), pp. 299–331
Blühdorn, Ingolfur (2008): *Klimadebatte und Postdemokratie: Zur gesellschaftlichen Bewältigung der Nicht-Nachhaltigkeit*. In: *Transit – Europäische Revue* 36, S. 46–64
Blühdorn, Ingolfur / Welsh, Ian (ed.) (2008): *The Politics of Unsustainability. Eco-Politics in the Post-Ecologist Era*. London/New York (Routledge)
Blühdorn, Ingolfur (2009a): *Locked into the Politics of Unsustainability*. In: *Eurozine*, 30. Oktober 2009. <http://www.eurozine.com/articles/2009-10-30-bluehdorn-en.html>
Blühdorn, Ingolfur (2009b): *Democracy beyond the Modernist Subject: Complexity and the Late-modern Reconfiguration of Legitimacy*. In: Blühdorn, Ingolfur (ed.): *In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Societal Complexity*. Opladen/Farmington Hills, MI (Barbara Budrich), pp. 17–50

Embacher, Serge (2009): *Demokratie! Nein Danke?* Bonn (Dietz)
Giddens, Anthony (2009): *The Politics of Climate Change*. Cambridge (Polity)
Harich, Wolfgang (1975): *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“*. Reinbek
Höffe, Otfried (2009): *Ist die Demokratie zukunftsfähig?* München (C.H.Beck)
Jonas, Hans (1984): *Das Prinzip Verantwortung*. Frankfurt a.M. (Suhrkamp)
Leggewie, Claus / Welzer, Harald (2008): *Können Demokratien den Klimawandel bewältigen?* In: *Transit. Europäische Revue* Nr. 36, S. 27–45
Leggewie, Claus / Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*. Frankfurt a.M. (Fischer)
Neugebauer, Gero (2007): *Politische Milieus in Deutschland*. Bonn (Dietz)
Siller, Peter (2010): *Demokratie und Klimawandel: Ökologen als Vordenker einer Expertokratie?* <http://www.boell.de/stiftung/akademie/akademie-postdemokratie-expertokratie-8729.html>
Westra, Laura (1998): *Living in Integrity: A Global Ethic to Restore a Fragmented Earth*. Lanham, MA (Rowman & Littlefield)